

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

30.3.1928 (No. 77)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. H. M. C. O.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einsech. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Fall der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Erhöhung der Eisenbahntarife?

In der Verwaltungsratsitzung der Reichsbahngesellschaft wurde beschlossen, eine Erhöhung der Bahntarife im Ausmaß von durchschnittlich 5 Prozent sowohl bei den Personen- als auch bei den Frachttarifen vorzunehmen. Das Reichskabinett ist von der Reichsbahngesellschaft ersucht worden, eine Erhöhung der Reichsbahntarife in diesem Ausmaß zu genehmigen.

Die Reichsbahngesellschaft teilt dazu mit, daß der Ausgleich der Ausgaben durch die Einnahmen immer größere Schwierigkeiten macht. Die Einnahmen auf den Tonnenkilometer sind durch Tarifermäßigungen von 6,08 % im Jahre 1924 auf 4,44 % im Jahre 1927 zurückgegangen. Bei einem allgemeinen Preisindex von 150 v. J. gegen 1913 betragen heute bei der Reichsbahn die Einnahmen für den Personenkilometer nur 123 v. J. und für den Gütertonnenkilometer nur 132 v. J. der Einnahmen von 1913. Die Belastung der Gesellschaft dagegen ist seit Beginn des Geschäftsjahres 1927 um 575 Mill. M gestiegen, wovon auf Reparationsausgaben 110 Millionen, auf Dividenden für Vorzugsaktien 15 Millionen und auf Löhne und Gehälter 450 Millionen entfallen. Die Erhöhung der Ausgaben je Kopf des Personals beträgt nach der neuen Gehalts- und Lohnregelung für die Beamten 184 v. J., für die Arbeiter pro Arbeitsstunde 200 v. J. gegenüber 1913. Dazu kommt die außerordentliche Belastung der Reichsbahn mit Ruhegehaltern, die von 114 Millionen in 1913 auf 500 Millionen M in 1928 gestiegen sind. Nur die günstige Verkehrsentwicklung seit Mitte 1926 und die seit Ende 1927 durchgeführten Einschränkungen der Aufwendungen für Unterhaltung und Verbesserung der Anlagen unter ein auf die Dauer erträgliches Maß haben es ermöglicht, bisher von einer Tarifierhöhung abzussehen. Die jetzige Drohung der Unterhaltungs- und Verbesserungsarbeiten können jedoch ohne dauernde Schädigung des Unternehmens nur noch für ganz kurze Zeit beibehalten werden. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen durch Tarifierhöhung sei also jetzt nicht mehr zu erwarten.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber erklärte, daß Preußen von diesem Schritt nicht benachteiligt worden sei und daß diese Maßnahme für ihn um so überraschender komme, als er in allen Vorberhandlungen mit den Stellen der Reichsbahndirektion auf das Entschiedenste von einem solchen Vorgehen abgeraten habe. Es sei falsch, bei dem gegenwärtigen Stande der Konjunktur der Wirtschaft, die Wirtschaft durch Tarifierhöhungen aufs neue zu belasten. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Reichsregierung Einspruch erheben werde.

Auch in Kreisen der Reichsregierung weist man darauf hin, daß eine Eisenbahntarifierhöhung notwendigerweise Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben würde. Es ist noch keineswegs als sicher anzusprechen, daß das Verkehrsministerium bzw. das Reichskabinett, sich mit diesem Plan des Verwaltungsrates einverstanden erklären wird, denn man hegt begründeterweise die Befürchtung, daß eine solche Tarifierhöhung, auch wenn sie sich nur auf 5 Proz. belaufen sollte, eine allgemeine Teuerungswelle im Gefolge haben könnte. Infolgedessen wird dieser Beschluß des Verwaltungsrates im Kabinett sehr genau nachgeprüft werden und man wird möglicherweise vor einer Zustimmung zu diesem Beschluß der Reichsbahndirektion nahelegen, den Versuch zu machen, auf andere Weise, z. B. durch Einschränkung der Kapitalinvestition, sich die benötigten Mittel zu verschaffen.

### Die französische Antwort an Kellogg

WZV. Paris, 30. März. (Tel.) Die Morgenblätter geben den Inhalt der gestern abend nach Washington gelabelten französischen Antwortnote über den Abschluß eines vielseitigen Antikriegspaktes fast gleichlautend wieder. Der „Matin“ zitiert den Inhalt der Antwortnote wie folgt:

Die französische Regierung erklärt sich bereit, mit Amerika die Möglichkeit zu prüfen, einen vielseitigen Pakt für ewigen Frieden auszuarbeiten. Nach einem Hinweis auf die Vorbehalte Frankreichs sowohl hinsichtlich seiner Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbundsstatut als auch gegenüber gewissen Mächten betone die Note, daß ein so weitgehendes Werk, wie es Amerika wünsche, nur mit unmittelbarer Mitarbeit und Zustimmung der größtmöglichen Anzahl von Mächten durchzuführen wäre. Jemande evtl. Formel für den neuen Pakt werde in keiner Weise genannt, d. h. daß die Verhandlungen erst in ihrem Anfang ständen. Auf jeden Fall aber sei die Kontroverse über Angriffskrieg oder Krieg im allgemeinen geschlossen.

Nach dem „Reit Journal“ enthält die Note im wesentlichen folgende Punkte: 1. Der Vertrag müsse allen Mächten, wie z. B. Polen, das eine große Rolle im neuen Europa spiele, offenstehen. 2. Falls einer der Signatäre seine Verpflichtungen nicht erfüllen, würden die anderen Unterzeichner des Paktes ihre Freiheit wiedererlangen.

### Die Szent-Gothard-Angelegenheit

WZV. London, 30. März. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: In Genf scheint eine wichtige Entscheidung erreicht worden zu sein. Es ist beschlossen worden, daß eine Kommission von 4 Mitgliedern, zwei Militärs und zwei Eisenbahnsachverständigen, in der nächsten Zukunft nach Ungarn gehen soll. Vor einiger Zeit ist ein Fragebogen nach Budapest gefandt worden. Die Kommission wird die darauf ergangenen Antworten prüfen. Es bleibe abzuwarten, ob Ungarn sich dem Verfahren fügen wird. Die drei Kommissionsmitglieder werden in Paris Ende der Woche wieder zusammenkommen.

### Letzte Nachrichten

#### Das Urteil im Barmat-Prozess

DZ. Berlin, 30. März. (Tel.) Im Barmat-Prozess verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil:

1. Der Angeklagte Julius Barmat wird wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von elf Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 156 Tage durch Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. Im übrigen wird er freigesprochen.

2. Der Angeklagte Hellwig wird wegen fortgesetzter passiver Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen.

3. Der Angeklagte Henry Barmat wird wegen aktiver Bestechung in einem Falle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 157 Tage durch Untersuchungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen.

4. Der Angeklagte Walther wird wegen Vergehens gegen § 108 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 zu einer Geldstrafe von 200 M verurteilt, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit fünf Tage Haft treten. Im übrigen wird er freigesprochen.

5. Der Angeklagte Stachel wird wegen eines Falles der fortgesetzten schweren passiven Bestechung und wegen eines Falles der einfachen passiven Bestechung zu einer Strafe von drei Monaten und drei Tagen verurteilt. Im übrigen wird er freigesprochen.

Dem Angeklagten Stachel wird die Tätigkeit zur Bekämpfung öffentlicher Krankheiten angedeutet.

6. Die Angeklagten Menck, Lange-Hegemann, Alfred Staub, Kabinowitsch, Hugo Staub und Hable werden freigesprochen.

Das Urteil spricht dann noch den Verfall verschiedener Geldbeträge und Sachwerte an den Staat aus.

Bei der Verkündung des Urteils gab der Vorsitzende bekannt, daß der Antrag der Staatsanwaltschaft, den Haftbefehl gegen Julius und Henry Barmat zu vollstrecken, vom Gericht zurückgewiesen wurde.

Bei der heutigen Verkündung des Urteils war der Anhang im Gerichtssaal außerordentlich stark. Man sah einige Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, so die Abg. Dauch und Kuttner.

Man spricht davon, daß die schriftliche Urteilsbegründung kaum vor Ende dieses Jahres fertiggestellt sein dürfte, und rechnet damit, daß der Prozeß alsdann noch weitere Instanzen durchlaufen wird. In den mit rund einer Viertelmillion berechneten bisherigen Prozeßkosten sind die Honorare der 17 Anwälte noch nicht eingerechnet. Die mündliche Urteilsbegründung, die sich an die Verkündung des Urteils anschließt, wird voraussichtlich sechs bis sieben Stunden in Anspruch nehmen.

### Die bayerischen Landtagswahlen

WZV. München, 30. März. Der Landtag hat heute den von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Initiativgesetzentwurf wegen Verlängerung der Dauer des Landtages bis 20. Mai in namenhafter Zustimmung mit 92 gegen 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die Kommunisten. Der Antrag war eingebracht, um die Reichs- und Landtagswahlen gleichzeitig an diesem Tage vornehmen zu können.

### Der deutsch-japanische Handelsvertrag

M. Berlin, 30. März. (Priv. Tel.) Der deutsch-japanische Handelsvertrag, dem eine Reihe von besonderen Abkommen, namentlich das Farbenabkommen angegliedert ist, ist gestern vom Geheimen Staatsrat in Tokio einstimmig angenommen worden.

### Die verhafteten deutschen Ingenieure

WZV. Moskau, 30. März. (Tel.) Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Tschißtscherin setzte den deutschen Volschaster Grafen Rodorf-Rantsau davon in Kenntnis, daß er dem deutschen Konsul in Charkow die Genehmigung erteilt habe, die im Zusammenhang mit dem Schacht-Komplot verhafteten deutschen Staatsbürger, die sich in Untersuchungshaft in Moskau am Don befinden, zu besuchen.

Der Reichsrat gab am Donnerstag einer ganzen Anzahl von Gesetzen, die der Reichstag in den letzten Tagen erledigt hatte, seine endgültige Zustimmung. In einer längeren Erörterung gab Anlaß das Arbeitschutzgesetz. Es wurde mit 61 gegen 5 Stimmen bei 3 Stimmenthaltenungen angenommen.

Im thüringischen Landtag kam es am Donnerstag bei der Beratung der Besoldungsordnung zu großen Lärmjahren. Das Gesetz konnte nicht verabschiedet werden.

Lord Cave †. Der britische Lordkanzler Cave ist am Donnerstag gestorben.

### Wirtschaftliche Umschau

Gelegentlich der Generalversammlung der Landesgewerbebank für Süddeutschland A. G. in Karlsruhe, des genossenschaftlichen Zentralinstituts der badischen und mittelhessischen Kreditgenossenschaften, wurde wieder auf die Notwendigkeit der Selbsthilfe für den Mittelstand in Stadt und Land hingewiesen. Die in der Landesgewerbebank zusammengeschlossenen Kreditgenossenschaften wollen insbesondere dem städtischen Mittelstand dienen, während die ländlichen Kreditgenossenschaften, wie die Raiffeisenvereine, dem Bauernstand helfen wollen. Die Genossenschaften haben seit den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts diese Aufgabe in weitem Umfang erfüllt, und nicht mit Unrecht schreiben sie sich das Verdienst an der Rettung des Mittelstandes und dessen Aufschwung, namentlich seit den 70er Jahren bis zum Kriegsausbruch zu. Heute leisten sie besonders schwere Wiederaufbauarbeit, haben doch gerade die Genossenschaften durch die Inflation am schwersten gelitten, sie haben damals nicht nur das eigene Vermögen, sondern auch die Einlagen zum größten Teil verloren. Durch ihre andauernde Kontrolle über die Kreditwürdigkeit ihrer Mitglieder üben gerade die städtischen Kreditgenossenschaften eine erzieherische Rolle aus, sie beaufsichtigen das wirtschaftliche Tun und Lassen ihrer Mitglieder und veranlassen sie zu geordneter Geschäftsführung.

Während die Pflege des Realcredits in erster Linie die Aufgabe der Sparkassen ist, vertritt die Sparkasse, wobei man auch den Diskontokredit pflegt, um dadurch die Mobilisierung der guten Aufstände für gelieferte Arbeiten zu ermöglichen, indem die Auftraggeber Akzepten geben, die dann von den Genossenschaftsbanken diskontiert werden. Ihr Eigenkapital bilden die Genossenschaften durch Anteile und Sammlung von Reserven. Dazu sammeln sie Spargelder und Kontoforrenteinträge und schaffen sich so die Grundlage für ihre dem Mittelstand dienenden Kreditgeschäfte. Das Zentralinstitut für die städtischen gewerblichen Kreditgenossenschaften ist in Baden die Landesgewerbebank in Karlsruhe, die wiederum mit ihrer Zentralorganisation für das Reich, dem deutschen Genossenschaftsverband, dem auch die ländlichen Kreditgenossenschaften umfassenden Reichsgenossenschaftsring angeschlossen ist. Als Geldausgleichsinstitut für die städtischen gewerblichen Kreditgenossenschaften in einer Umbildung begriffene Preussische Zentralgenossenschaftskasse, die sog. Preuzenkasse.

Rund 12 Millionen Mitglieder sind in diesen Genossenschaftsorganisationen zusammengeschlossen. Die Mittel der Genossenschaften reichen freilich für den Kreditbedarf des Mittelstandes bei weitem nicht aus, was sich auch darin ausdrückt, daß die von den Genossenschaften in die Preuzenkasse einbezahlten Kapitalien nach der Umgestaltung dieses Instituts nur einen Bruchteil von dessen Kapitalien darstellen werden. Auch das genossenschaftliche Kreditwesen hat eben noch einen weiten Weg zu seinem völligen Wiederaufbau. Bei der Genossenschaftstagung in Karlsruhe wurde mitgeteilt, daß die deutschen Kreditgenossenschaften des Mittelstandes heute wieder die Hälfte ihres Eigenkapitals im Vergleich zum Vorkriegsstand erarbeitet haben. Die badische Genossenschaft besitzt jetzt 17 Millionen eigene Mittel gegen 3 Millionen in der Goldmarköffnungsbilanz und 44 Millionen 1913, die Spar- und Scheckeinlagen betragen 73 Millionen gegen 4 Millionen 1924 und 155 Mill. 1913. Den angeschlossenen badischen Genossenschaften wurde 1927 ein Gesamtkredit von 84 Mill. gewährt. Hier sei auch darauf hingewiesen, daß die ländlichen Raiffeisenvereine im Reich Ende des Jahres einen Gesamteinlagebestand von rund 250 Mill. aufwiesen, während die 4415 Raiffeisenvereine vor dem Krieg einen Einlagebestand von 685 Mill. hatten. Bei all diesen Zahlen und Vergleichen darf die geringere Kaufkraft der Reichsmark nicht vergessen werden.

Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen hat bekanntlich die Aufhebung der Sperre für öffentliche Anleihen in Aussicht gestellt, zunächst aber eine Prüfung der sämtlichen Anträge angekündigt, um einen Überblick zu gewinnen, in welcher Gesamthöhe Anleihen nach Maßgabe ihrer Verwendungszwecke zur Befürwortung geeignet sein würden. Bei der Höhe des Gesamtbetrags müsse die Lage der deutschen Wirtschaft und der Schutz der Währung berücksichtigt werden, dann wolle man sich

darüber schlüssig werden, welche Beträge den einzelnen Gemeinden zugesprochen werden könnten. Nun handelt es sich allerdings um die Frage, wie den so deutlich geäußerten Wünschen des Reparationsagenten bezüglich der Kontrolle der Kommunal Finanzen entsprochen werden kann, denn dies ist heute das faktische und Haupthindernis für Aufhebung der Anleihe Sperre, die indirekt vom Ausland verhängt ist.

Der Vorstand des deutschen Städtetags hat bereits erklärt, daß man der durch die Reparationsverpflichtungen bedingten außerpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage Rechnung tragen werde und an die Städte die Bitte gerichtet, alle Ausgaben zu unterlassen, die nicht für unmittelbar „kommunalproduktive“ Zwecke bestimmt sind. Auch wollen nun die Gemeinden an der Aufstellung eines Gesamtanleiheplans für den dringendsten Auslandsanleihebedarf 1928/29 mitarbeiten, wobei den reparationspolitischen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden soll. Die Reichsregierung wird gebeten, mit größter Beschleunigung an der Beseitigung der noch bestehenden Hemmungen zu arbeiten. Mit dieser Entscheidung erklärt der Deutsche Städtetag die Bereitschaft zur Mitarbeit, wie auch indirekt die Berechtigung einer gewissen Finanzkontrolle aus den oben angeführten Gründen zugegeben wird.

Nach Erklärungen, die der Reichsfinanzminister vorgestern im Reichstag machte, scheinen damit nun Voraussetzungen zu einer Verständigung zwischen Gemeinde und Reich in dieser Frage gegeben. Er teilte mit, daß die Untersuchungen der Beratungskommission vor dem Abschluß stehen und daß dann die endgültige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß von Auslandsanleihen in neuen Verhandlungen getroffen werden könne. Freilich bedarf auch nach dem oben angeführten Beschluß des deutschen Städtetags noch manches der Klärung. Zunächst die Frage der „Kommunalproduktivität“, welcher neue Begriff vom Städtetag aufgestellt worden ist. Es wird sich zeigen müssen, was darunter zu verstehen ist und ob dadurch der alte Streit über die Produktivität des Verwendungszwecks der Anleihen beendet werden kann. Der Reichsfinanzminister hat den Grundsatz proklamiert, daß die Reichsregierung allein für die Finanzabgarung in Deutschland die letzte Verantwortung trägt. Die Entschließung des Städtetags sieht jedoch nirgends Kontrollinstanzen des Reichs vor. Eine zentrale Kontrolle von Berlin aus würde auch kaum ihren Zweck erfüllen. Dr. Köhler hat dies seinerzeit selbst zugegeben und in seiner Reichstagsrede auch von einer solchen Kontrolle nicht gesprochen, sondern nur den guten Willen der Gemeinden im Allgemeinen anerkannt. Man denkt also an eine freiwillige Zusammenkunft bei der die Städte infolge ihrer genaueren mitzuspähen haben werden. Länder- und Reichsanleihen im Ausland hat übrigens der Reichsfinanzminister zur Zeit als ungewöhnlich bezeichnet.

**Der Anschluß Walbeds an Preußen.** Die Walbedsche Landesvertretung in Krefen stimmte dem Staatsvertrag mit Preußen vom 23. März 1928 mit Schlußprotokoll in erster Lesung einstimmig zu. Die zweite Lesung des Gesetzes findet am 2. April statt.

**Kein Regierungsabbau in Anhalt.** Der anhaltische Landtag lehnte die Anträge der Deutschen Volkspartei, die Zahl der Staatsminister von drei auf einen und die der Landtagsabgeordneten von 80 auf 27 herabzusetzen, ab.

**Der österreichische Bundeskanzler Seipel** ist an Grippe erkrankt und muß einige Tage der Ruhe pflegen.

## Deutscher Reichstag

1928. Berlin, 29. März.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes wird nach den Ausschussvorberäthungen in 2. Beratung angenommen. Die 3. Beratung wird auf Freitag vertagt.

Darauf wird in die 3. Beratung des Etats für 1928 eingetreten.

Abg. Wels (Soz.) geht auf die Tätigkeit des letzten Kabinetts ein. Die deutsche Republik habe sich nur gefunden bei der Sozialdemokratie und bei der republikanischen Regierung Preußens. Für Ministerische hätten die Deutschnationalen ihre augenblickliche Überzeugung verkauft. Seit der Beteiligung der Deutschnationalen an der Bürgerblockregierung habe die Außenpolitik nicht den geringsten Erfolg gehabt. Stresemann sei von Genf immer mit leeren Händen zurückgekommen und habe dennoch Vertrauensfundgebungen der Deutschnationalen erhalten. Die Befreiung Deutschlands könne nur gegen die Deutschnationalen durchgeführt werden. Die gegen die Arbeiterschaft gerichtete Macht des Kapitalismus sei unter der Bürgerblockregierung weiter gestärkt worden.

Abg. Graf Westarp (Dnt.): Die Vollendung des Arbeitsprogramms sei eine neue Befähigung dafür, daß nur eine Verbindung der Minister mit den Deutschnationalen, nicht eine solche mit der Sozialdemokratie, feste Regierungsverhältnisse und fruchtbringende Arbeit gewährleisten kann. Auch wir wünschen die friedliche Verständigung mit Frankreich. Sie muß aber wirklich gegenseitig sein. Die letzte Rede des französischen Ministerpräsidenten zeigt, daß in Frankreich der Wille zu einer wahren Verständigung nicht vorhanden ist. Bei der Abrüstungskonferenz handelt es sich nur um eine Komödie und um eine Niederlage Deutschlands. Für den Steuerdruck sei die jetzige Regierung nicht verantwortlich. Sie habe ihn im Gegenteil stark gemildert. In der Wahlbewegung wird die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung eine hervorragende Rolle spielen. Wir streuen uns über die klare Kampfanlage des sozialdemokratischen Redners.

Abg. Dr. Stegerwald (Str.) erkennt an, daß von der Regierung in den letzten Jahren eine Fülle von Arbeit geleistet worden sei. Die zerrüttete deutsche Wirtschaft habe sich ihren Platz in der Weltwirtschaft wieder erungen. Den in der Inflationzeit zermürbten Gehalts- und Lohnempfängern sei wenigstens die Lebensmöglichkeit wieder gegeben worden. Die sozialpolitischen Fortschritte gegenüber der Vorkriegszeit seien nicht zu verkennen. Deutschland habe heute die beste Sozialversicherung der Welt. Unser Volk muß Distanz gewinnen zu der Entwicklung seit 18 Jahren. Wir müssen verfahren, daß durch die Verfolgung wirtschaftlicher Spezialinteressen eine allgemeine Volksverdrossenheit Platz greift. Wir brauchen keine Planwirtschaft, aber eine planmäßig geleitete Wirtschaft, die vor allem auch der Not der Bauernschaft steuert. Ich habe Herrn Dr. Wirth immer wieder Erdrücken gebaut, weil in ihm Kräfte lebendig sind, die für Deutschlands Geltung in der Welt und für den inneren Staatsaufbau von fundamentaler Bedeutung sind. (Bewegung.) Die Gegensätze liegen nicht im Ziele, sondern in der Methode und in dem Tempo des Vorgehens. Einen Tag vor dem badischen Delegiertentag habe ich der badischen Zentrumspartei geschrieben, daß ich, wenn sachliche Sicherstellungen geboten werden, die Wiederaufstellung von Dr. Wirth wünsche. Dr. Wirth hat in den letzten Jahren die besten Freunde im einzelnen bestritten, wenn er in Zentrumsversammlungen redet, in der Zentrumspresse schreibt, wenn er mit der christlichen Arbeitnehmerschaft engere Fühlung nimmt, dann wird er dem deutschen Volk größere Dienste leisten als in den letzten Jahren. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Sozialdemokratie ein politischer Faktor sei, an dem man bei der Verwaltung des neuen Staates nicht vorbeigehen könne.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) führt aus, das Notprogramm könne nur der Anfang eines großen Hilfswertes für die Landwirtschaft sein. Die Grundlinien der Stresemannschen Außenpolitik seien jetzt Gemeingut des deutschen Volkes, auch der Deutschnationalen, im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung. Das Ziel des Einheitsstaates müsse allmählich erreicht werden. Von Bismarck sollte man aber auch lernen, daß bei der Errichtung des Einheitsstaates die süddeutschen Länder mit der nötigen Vorsicht behandelt werden müssen. Die künftige

finanzielle Aufrechterhaltung an sich lebensunfähiger Staatsglieder müsse aufhören.

## Reichsaußenminister Dr. Stresemann

Ich möchte einen Gesetzentwurf ankündigen, auf dessen Erledigung durch diesen Reichstag wir Gewicht legen. Es handelt sich um ein Gesetzliches Verbot des Waffenhandels nach China. Wir sind bereit, an der bevorstehenden internationalen Regelung dieser Frage mitzuwirken. Das Fiasko der deutschen Außenpolitik sei allgemein anerkannt. So muß aus dem Munde eines Führers der größten Regierungspartei eine solche Erklärung selbst ammuten (Lebhafte Zustimmung). Bei der Übernahme der Regierung hat aber Reichskanzler Marx gesagt, daß auf gemeinsamen Beschluß aller Regierungsparteien die bisherige Außenpolitik fortgesetzt werden soll. Wenn sie (zu den Deutschnationalen) meinen, daß die Methoden der Außenpolitik in dieser Regierungspolitik nicht richtig waren, was haben Sie denn getan, um diese Methoden zu ändern? (Sehr gut!). Graf Westarp sagte: Die Deutschnationalen hätten in der Koalition nicht die Mehrheit gehabt. Ich hatte auch nicht die Mehrheit. Es wäre doch Ihre Aufgabe gewesen, dem Reichsaußenminister richtigere Wege zu weisen. Bill Graf Westarp behauptet, daß wir weniger Veranlassung zu Klagen hätten, wenn wir nicht den Locarnovertrag abgeschlossen hätten und nicht in den Völkerverbund eingetreten wären? Als ich die ersten Zeitungsberichte über die letzte Rede Poincarés las, war ich entsetzt. — Nach dem Wortlaut aber hat Poincaré zwar den Aufreißerbruch verteidigt, aber er hat dann gesagt, es habe keinen Zweck, von der Vergangenheit zu sprechen. Er hat ausgeführt, es gebe keine glücklichen Sieger, Besiegte und Neutrale. Es komme alles an auf eine Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit der Länder. Die Kritik des deutschnationalen Redners am Völkerverbund war in vielen Punkten unzutreffend. Wenn auf einem langen Wege einmal ein Stillstand oder Rückschritt eintritt, so ist das noch kein Grund, den Weg ganz aufzugeben. Trotz mancher Enttäuschungen kann ich eine Änderung der bisherigen Außenpolitik nicht in Aussicht stellen. Ich halte diese Politik für die einzig mögliche und einzig richtige, die uns im Endergebnis zu dem Erfolg führen kann, den wir erreichen müssen (Lebhafte Beifall. — Pfliffe bei den Nationalsozialisten).

Abg. Dr. Gummel (Dem.): Die Oppositionsparteien haben es an einer gewissenhaften Mitarbeit nicht fehlen lassen; trotzdem ist das Ergebnis dieser 15 Monate wenig günstig. Das Scheitern des Schulgesetzes braucht man nicht zu bedauern. Breite Kreise der Wirtschaft, die von dieser Regierung eine finanzielle Entlastung erwartet hatten, sind enttäuscht. Mit dem Notprogramm fordert die auseinandergefallene Regierung sehr große Mittel an, und sie überläßt es ihrer Nachfolgerin, die Mittel zur Deckung aufzubringen. Der Mißerfolg dieser Regierung hat uns recht gegeben mit unserer Meinung, daß sich im neuen Staat eine Regierungskoalition nicht aufrecht, sondern auf links stützen muß.

Abg. Stöcker (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie. Abg. Wirth (Wirtsch. Ber.) erklärt, die Wirtschaftspolitik müsse unabhängig gemacht werden von den wechselnden Parlamentsmehrheiten. Die Wirtschaftliche Vereinigung könne diese Verantwortung für die Locarnopolitik und den Dawesplan nicht nachträglich ablehnen.

Abg. Graf von Reventlow (Nc.) erklärt, die Deutschnationalen hätten die Locarnopolitik dadurch mitverschuldet, daß sie alle Vorbereitungen dazu mitgemacht hätten. Abg. Söhlmann (S.) beschäftigt sich mit der Rede des Abg. Stegerwald. Die von diesem Redner gerühmten Fortschritte in der Wirtschaft seien gegen den Widerstand der Rechten erkämpft worden. In der letzten Front habe also nicht Dr. Wirth gekämpft, sondern Stegerwald. Wenn Dr. Wirth trotz der Gegenherrschaft vieler Parteieninstanzen gegen ihn auf die Reichsliste gesetzt wird, so sei das wohl nur dem Respekt vor der Rebellion der christlichen Arbeiter zu verdanken.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.) begrüßt diese Aussprache, die nicht bloß Wahlagitatorien, sondern ernste Auseinandersetzungen über die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren in unserem Volke bringe. Es ist von einer kapitalistischen Weltanschauung gesprochen worden. Der Kapitalismus kann uns keine Weltanschauung geben. Er konzentriert sich international. Gegenüber den Staaten und Nationen aufstrebenden Tendenzen des Kapitalismus habe ich mich im Reichsbanner bemüht, die Massen zu gewinnen zur Liebe zum Staat, zu unserer deutschen Republik. Es ist nicht die Stärke, sondern die Schwäche des Bürgertums, daß sich zu diesem Staat mehr die großen Massen der Linken als die aus den anderen Lagern

## Badisches Landestheater

### Carmen

Wizets Meisteroper hat gestern abend im Landestheater, wo das Werk bekanntlich seit Jahren zu den festen Stücken des Repertoires zählt, Gelegenheit zu einem Gastspiel. Robert Bus war von Stuttgart herübergekommen, um den Josef zu singen und damit eine Partie wieder zu übernehmen, in der man schon während seines hiesigen Engagements den Künstler besonders schätzen gelernt hatte. Auch gestern ließ seine Darbietung an dramatischer Lebendigkeit nichts zu wünschen übrig, so gar die pathetische Seite des Schlußaktes berührte nicht äußerlich und gelang deshalb ungemein wirksam. Stimmlisch Sängers einige Mähe habe und durch eine kleine Indisposition an der vollen Entfaltung seines Organs gehindert sei. Trotzdem erfreute die gesangstechnisch musterhafte Behandlung wiederum sehr und auch die geschmackvolle Art, wie der Gast seine von Natur weiche und lyrische Stimme mitunter in heroische umzufärben verstand. In der kleinen Rolle der Mercedes gastierte weiterhin Mary Ruf-Paulmann vom Stadttheater Heidelberg. Anfänglich sang ihre an sich recht hübsche Altstimme noch etwas flackernd und unstabil, gewann aber später an Ergiebigkeit, ohne indessen je die für unser Haus notwendige Größe zu erreichen. In dieser Beziehung wird noch manches reifen müssen, das konventionelle Spiel deutete übrigens auch auf eine Anfängerin. Von unserem Ensemble sicherten Magda Strak (Carmen), Else Plant (Micaela), und Josef Rühr (Escamillo) der von Josef Kripps scheinbar dirigierten Vorstellung ein hohes künstlerisches Niveau. Dementsprechend war der Beifall des gut besuchten Hauses stark und herzlich.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 1. April unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz neuinstudiert „Mignon“, Oper in drei Akten von A. Thomas. Das Werk wurde von Dr. Hermann Bucherpfennig in Szene gesetzt. Dienstag, den 2. April gelangt Verdis Oper „Die Macht des Schicksals“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz. Die erste Wiederholung von Thomas „Mignon“ findet am Donnerstag, den 5. April statt. Die beiden Osterfeiertage bringen je eine Aufführung von Richard Wagners Bühnenweibchenspiel „Parsifal“ mit Billy Casgren (Kundry) als Gast. Am Montag, den 2. April kommt Strindbergs „Traumspiel“ und am Mittwoch, den 4. April Wagners „Kronprinzen“ zur Wiederholung.

## Bildende Kunst in Karlsruhe

Aus dem Vierterlei der Kunstvereinsausstellung sei nur einiges wenige herausgehoben. — Im Hauptsaal hat die Gruppe „Der Kreis“ Platz gefunden, Maler und Bildhauer, die rund um den Bodensee herum beheimatet sind und sich zu dieser Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben. Einige Namen von Rang sind dabei, und deren Zugehörigkeit zu der Gruppe setzt immerhin ein gewisses Niveau des Ganzen voraus. In der Tat hält sich die Gesamtleitung nicht über. Da sind vier Bilder von Prof. Adolf Silbenbrand, Waldshut, die die feinen Bodenseenelbe wiedergeben, dann eine lichte Bodenseenlandschaft von Walter Baerig, Gaienhöfen, und ein helles Stilleben mit Kapuzinerkresse von Karl Einhart, Konstanz. Interessant ist der Vergleich der Bilder des Holzfallers und Malers Adolf Dietrich, Böblingen, mit denen des Regensers Rudolf Wader. Wirtens Dietrichs Arbeiten in ihrer Primitivität klar, ungebrochen und natürlich, so wird bei Wader eine Abstrichlichkeit spürbar, die den Farben wie den Linien die Frische und Unbekümmertheit nimmt und an ihre Stelle ein — wenn auch, wie beim „Taubenschlag“, recht geschmackvolles — Überlegen, Abwägen und Stimmen der Töne und Verschörkeln der Linien setzt. — Auch unter den Bildern der übrigen Maler, die nicht alle einzeln aufgezählt werden können, findet sich manches hübsche Bild, das als freundliche, schmeichelnde Leistung manchem etwas wohl geben können.

Eine kleine Ecke des Saales ist für den Münchener Bildhauer Hermann Gehbel reserviert, der nicht zum „Kreis“ gehört. Ein neues Selbstporträt, zwei Zeichnungen und der bekannte sitzende junge Löwe, sind hier aufgestellt.

Im nächsten Saale sind viele kleine Bilderchen von Heinrich Brenneisen, Karlsruhe, aufgehängt, beschöne Dinge ohne Gewicht. Es folgen Aquarelle von Otto Schubert, Dresden, von dessen Hand auch im folgenden Saale eine Reihe graphischer Blätter zu finden ist. Schubert ist als Graphiker und Illustrator bekannt. Seine gewandt und flüchtig hingeschriebenen Arbeiten, die diesmal ausgestellt sind, halten sich auf der geschmacklichen Höhe, die man von ihm gewohnt ist. Neu in der Festigkeit des Striches und in der knappen Haltung ist nur der Kopf der Mutter, eine herbe Zeichnung, die über die sonst so komplizierte Art des Künstlers hinausgeht.

Ein Graphiker im guten Sinne verspricht Otto Lais, Karlsruhe, zu werden, dessen Radierungen sich im Treppenzaum finden. Seine Porträts aus den Jahren 1927/28 und ein

paar Einzelblätter, wie die „Lesende“, von 1928, heben den Künstler weit über die früheren Arbeiten, deren inhaltlich unangenehme, überbelegte Staffeleusphorantien, obgleich sie graphisch zum Teil ausgezeichnet sind, nicht mehr gut extrahiert werden können. Hoffentlich macht sich die reiche Phantasie des Künstlers bald ganz von diesen Dingen frei. Dr. Str.

## Die Freiburger Theaterfrage

Im Künstlerhaufe zu Freiburg i. Dr. fand eine Besprechung des Verbandes sämtlicher Lokalvereine der Stadt Freiburg statt, die sich ausschließlich mit der so brennend gewordenen Theaterfrage und der wirtschaftlichen Krise des Stadttheaters beschäftigte. Vertreten waren die Stadträte und vom Stadttheater der Intendant Dr. Krüger. Der Vorsitzende, Professor Dr. Friedländer, hob hervor, daß man keinen Kampf mit der Stadt führen, sondern nur die Wünsche der Bürgerchaft zur Geltung bringen wolle. Er erwähnte dann, daß die von den Lokalvereinen gegründete Theaterkommission nur ein mangelndes Entgegenkommen seitens der Stadtverwaltung gefunden habe. Die nachfolgenden Redner führten aus, daß die Unkosten auf ein derartiges Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben zu bringen seien, daß nur ein kleiner Betrag als städtischer Zuschuß in Frage kommen solle. Kritisiert wurde dabei auch die Unterhaltung von sechs Kapellmeistern und eines Generalmusikdirektors und Abbau dieser Posten gefordert. Von stadtbräutlicher Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß hier die Schwierigkeit vor allem in dem Beamtenystem liege und ein Abbau in den hohen Stufen gefordert wurde. Intendant Krüger stellte fest, daß gerade die Größe des Hauses in wirtschaftlicher Beziehung eine ganz besondere Schwierigkeit biete. Er selbst schätze die Unkosten des Stadttheaters entgegen den Vorrednern, die diese auf 800 000 M veranschlagten, auf rund 700 000 M. Er hob dabei hervor, daß gerade das Freiburger Theater, das wohl die größten Zuschüsse erfordere, zu den bestbesuchten Theatern Deutschlands gehöre. Hinsichtlich der Möglichkeit, den teuren Apparat abzubauen, erklärte der Intendant es zunächst für unmöglich, einen Weg in dieser Frage zu sagen, da gerade das Beamtenverhältnis eine große Schwierigkeit biete. In künstlerischer Hinsicht sagte er, daß, nachdem einmal das Wort Theaterkrise gefallen sei, es darauf ankommen wäre, Geschäfte zu machen, und gerade die Monate Februar und März hätten die seit langem besten Einnahmen gezeigt, allerdings auf Kosten des künstlerischen Niveaus. Es sollen weitere Aussprachen stattfinden.

bekannt haben (Lärm und Juruse rechts). Ich halte es für eine der größten Aufgaben, daß wir die Arbeitermassen, die am alten Staat verzweifeln, davon bewahren, daß sie auch am neuen verzweifeln. Das Wesen der Demokratie hebt man auf, wenn man die Verantwortung für die Politik ablehnt, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die sehr oft unpopuläre Politik, die wir in den ersten Nachkriegsjahren machen mußten, die volle Verantwortung getragen. Die Verfallenen, die ärmsten Söhne unseres Volkes haben uns in dieser schweren Zeit mehr geholfen als die Besitzenden, die Bildung und Besitz nur für sich in Anspruch nehmen. Minister Stresemann, der von der Rechten kam, hat gezeigt, daß eine andere als die von uns eingeleitete Politik gar nicht möglich war. Die Auseinandersetzung, die wir heute zwischen Graf Westarp und Dr. Stresemann geführt haben, hätte in der ersten Sitzung des Reichstages geführt werden müssen. Meine Oppositionsstellung gegen die Reichsregierung ist durch die heutige Rede des Grafen Westarp vollkommen gerechtfertigt. Ich habe mich gefreut, als Dr. Stresemann in seiner heutigen Rede endlich das Wort sprach, das ich von seinen Lippen so gerne hörte, daß auch er und die ihm nahestehenden christlichen Gewerkschaften Garanten des deutschen demokratischen Staates sein wollen.

Abg. Schröder (Völk.) verlangt die Aufhebung der Dawasgesetzgebung.

Abg. Noß (Allg. Volkspartei) bekämpft die Not der Kleinrentner und der Landwirte.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung des

#### Zustizetat

wendet sich

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) gegen einen Artikel des deutschnationalen Abg. v. Freytag-Loringhoven, der behauptete, daß die Befürworter der Ehegesetzreform dahin arbeiteten, einen Ehehochverstoß an die Stelle der Ehe zu setzen. Ich lege hiergegen schärfste Verwahrung ein gegen die bewusste Entstellung der Wahrheit. Ich bitte die Wähler, sich ihren Kandidaten auch darauf anzusehen, ob er den primitivsten Anforderungen an einen anständigen Wahlkampf genügt. Es ist mir schmerzlich, daß mein vorausichtlich letztes Wort in diesem Reichstag sich mit einer so unfaulernen Sache beschäftigen mußte (Beifall bei der Rechten, Lärm rechts).

Abg. Dr. Everling (D. Vp.) erstattet dann den Bericht über die Ausschussverhandlungen, in denen der Amnestieantrag abgelehnt wurde.

Gegen Schluß der Sitzung kommt es zu lauten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die bald in eine wütende Prügelei ausartet.

Präsident Effer (Zentr.) forcierte den Abg. Kadach auf, den Saal zu verlassen. Unter großem Lärm erklärten die Kommunisten durch Zurufe, daß er den Saal nicht verlassen werde. Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellte Vizepräsident Effer fest, daß Abg. Kadach trotz der Aufforderung im Saale geblieben sei. Der Reichstag sei also außer Stande, weiter zu verhandeln.

Vizepräsident Effer verkündete dann, daß Abg. Kadach wegen seines Verhaltens seit Tage von den Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen sei und gab die Tagesordnung für die Freitagssitzung bekannt, die um 10 Uhr beginnt.

Beginn der Sitzung 10 Uhr vormittags.

Präsident Effer bittet bei Eintritt in die Verhandlungen, sich darauf einzurichten, daß die Stellungnahme des Reichstages zum Etat und andere Gründe noch am Samstag eine Reichstagsitzung notwendig machen.

Den soeben erst vorgelegten

#### deutsch-griechischen Handelsvertrag

erzucht Abg. Wallraf (Deutschn.) zur Vorbereitung dem auswärtigen und handelspolitischen Ausschuss zu überweisen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter bittet, den Vertrag sofort anzunehmen, da sonst das ganze Werk infolge der Auflösung des Reichstages gefährdet sei.

Die Ausschussberatung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Völkischen und einzelner Zentrumsabgeordneter abgelehnt, der Vertrag in erster und zweiter Lesung ohne weitere Debatte angenommen.

Das Rentenbankgesetz wird unverändert verabschiedet. Dazu wird ein Kompromißantrag angenommen, der dieses Gesetz am 1. April 1928 in Kraft treten läßt. Gleichzeitig treten auch die bereits beschlossenen Erhöhungen der Invalidenrenten, die Zolländerungen und die Hexabefugung des Gefrierfleischkontingents in Kraft. Durch die Annahme dieses Antrages ist das ursprünglich beabsichtigte Mantelgesetz zum Notprogramm überflüssig gemacht.

Hierauf wird

#### die dritte Beratung des Etats für 1928

fortgesetzt.

Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wird ein Antrag angenommen, der neben den für die Leipziger Messe bewilligten Mitteln von 800 000 M für die bestehenden Messen Königsberg i. Pr., Breslau, Köln und Frankfurt a. M. anfordert.

Beim Reichswehretat wird eine Entschädigung angenommen, die verlangt, daß die sogenannten Garnisonen nur da aufgehoben werden, wo militärdienstliche Interessen dies unabweisbar machen.

Beim Haushalt des Innern werden die Hilfsmittel für die von Unwetterkatastrophen betroffenen Gebiete und für die bedrohten Grenzgebiete um 5,2 Millionen erhöht.

Im übrigen werden die übrigen Etats ohne Aussprache nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bewilligt.

Beim Justizetat wird die gestern begonnene

#### Amnestiebatte

fortgesetzt.

Abg. Landsberg (Soz.): Die Sozialdemokratie habe immer gefordert, daß unter die Urteile von 1921 bis 1923 ein Strich gemacht werde und daß auch Max Högl amnestiert werde. Eine Ausnahme müsse aber gemacht werden mit jenen Fememördern, denen im Gerichts Urteil bescheinigt wurde, daß ihre Taten nicht politischen Motiven, sondern unumschlichter rober Gefühnung entsprängen. Die Sozialdemokraten wollten die proletarischen Opfer der politischen Justiz nicht mit diesen Fememördern auf eine Stufe stellen lassen. Die Sozialdemokraten unterstützten den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) verlangt größeren Schutz der Autorität des Staates. Es gehe nicht an, daß eine Einheitsfront von Bergt bis Höllen die Staatsautorität dadurch untergräbt, daß sie durch Amnestie gewisse Organisationen geradezu eine Lizenz auf Mord und Totschlag gibt. Der Redner fragt den Justizminister, ob er wirklich dieses Amnestieverlangens unterliege.

Reichsjustizminister Bergt verweist darauf, daß er schon im Ausschuss betont habe, hier handle es sich um einen Initiativantrag, bei dem die Regierung Zurückhaltung wahren müsse. Im übrigen habe er die alten Bedenken der Regierung gegen wiederholte Amnestien ausgesprochen.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Deutschn.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Kahl. Er betont,

er habe keinesfalls die Wortwürde erhoben, die Abg. Dr. Kahl aus seinem Artikel herausgelesen habe.

Gegen 12 Uhr kommt es zu einer Reihe namentlicher Abstimmungen. Zunächst wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Amnestie bringt, aber die Fememörder ausschließt. Damit ist das Schicksal des Gesetzentwurfes besiegelt, denn nun muß die Rechte dagegen stimmen. In der Schlußabstimmung wird dann auch das Gesetz bei 97 Enthaltungen mit 226 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Prozess gegen die kommunistische Zentrale. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hat den Angeklagten im sog. Zentraleprozess Vorladungen zum 9. Mai zustellen lassen.

Die Tarifverhandlungen im Berggewerbe sind, wie aus Berlin gemeldet wird, auf Samstag vormittag 1/10 Uhr verlagert worden.

Drohbriefe an das Reichsentschädigungsamt. Den Beamten des Reichsentschädigungsamtes werden immer noch Drohbriefe gesandt. In etwa 12 Fällen wurden die eingelaufenen Schreiben der Polizei zur weiteren Verfolgung übergeben.

Keine Erhöhung der Aufenthaltsgeldern in Litauen. Wie in Nichtigstellung verschiedener Meldungen von zuständiger Seite in Kovno mitgeteilt wird, ist eine Erhöhung der Aufenthaltsgeldern für Ausländer im litauischen Staatsgebiet nicht vorgesehen.

### Erklärung

Die Buchdruckermeister und Zeitungsverleger des Bezirks Karlsruhe im Deutschen Buchdruckerverein und Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe erklären nach erfolgter Aussprache, daß sie unter allen Umständen an der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches, trotzdem er ihrer Auffassung nach über das erträgliche Maß hinausgeht, festhalten und jede Einzelverhandlung mit der Gehilfenschaft ablehnen. Sie erwarten auch von der Gehilfenschaft, daß sie sich auf den durch die Verbindlichkeitsklärung bestehenden gesetzlichen Boden stellt.

Karlsruhe, den 28. März 1928.

### In eigener Sache

Wider alles Erwarten haben die Buchdruckerhilfen und Hilfsarbeiter der Stadt Karlsruhe in einer am 29. März, abends stattgefundenen Versammlung beschloffen, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches des Zentralschiedsrichtungsamtes, der für den Spitzenlohn eine Erhöhung von wöchentlich 3,50 Reichsmark auf 56 M zugestanden, nicht anzunehmen und ab Samstag, den 31. März, die Arbeit niederzulegen. Beides steht in direktem Widerspruch zu den Beschlüssen der Gehilfensorganisationsvorstände, die ihrer Mitgliedschaft empfohlen haben, sich nach der Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister auf den dadurch geschaffenen gesetzlichen Boden zu stellen.

Die Buchdruckermeister und Zeitungsverleger der Stadt Karlsruhe haben zu der nunmehr geschaffenen Lage in einer weiteren Aussprache Stellung genommen und sich erneut einmütig zum unbedingten Festhalten an der Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen, wie sie es bereits am 28. März laut obenstehender Erklärung getan haben.

Indem die Arbeitgeberseite hiermit der Öffentlichkeit von der zurzeit vorhandenen Sachlage Kenntnis gibt, muß sie jede Verantwortung für die aus der unverständlichen Haltung der Arbeiterschaft entstehenden Folgen dieser überlassen und zuschreiben.

Karlsruhe, den 30. März 1928.

### Zur Lage im Buchdruckgewerbe

Im Buchdruckgewerbe, wo bekanntlich ein Lohnsturz für das Reich für verbindlich erklärt wurde, fehlen trotzdem an verschiedenen Orten Streikbewegungen mit höheren Lohnforderungen ein. Auch in Karlsruhe hat die Gehilfensorganisation, der Deutsche Buchdruckerverband (Bezirk Karlsruhe), am Donnerstag abend in einer Versammlung mit Mehrheit beschloffen, am Samstag, den 31. März, in den Streik zu treten, falls bis dahin die Prinzipale die Forderungen der Gehilfenschaft nicht bewilligt haben.

An den größten deutschen Druckplätzen kommt es, wie bereits feststeht, nicht zum Streik. Wie in Berlin, wurde auch in Leipzig und Stuttgart von den Buchdruckern der Streik abgelehnt. In Stuttgart wurden in einer Versammlung der Buchdrucker für den Streik 566, gegen den Streik 581 Stimmen abgegeben. Da aber für einen Streik Zweidrittelmehrheit notwendig ist, war der Streik abgelehnt. Voraussichtlich findet auch in München kein Streik statt. Nachdem die Gehilfenschaft die Aufrechterhaltung der Rindungen und den Eintritt in den Streik beschloffen hatte, hat der Kreis Bayern des Deutschen Buchdruckervereins die Gehilfenschaft am Donnerstag aufgefordert, entsprechend der Rechtslage, die durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches geschaffen wurde, die Rindungen bis Freitag Mittag zurückzunehmen. Die Vertrauensmänner der Gehilfenschaft und die Betriebsräte der Münchener Druckerbetriebe traten darauf Donnerstag abend erneut zusammen und beschloffen, die Zurücknahme der Rindungen zu empfehlen, so daß voraussichtlich ein Streik vermieden werden wird. Auch in badischen Orten wie Mannheim und Baden-Baden sowie in Ludwigshafen findet kein Streik statt.

Dagegen wollen die Gehilfen in Stettin in den Streik treten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Gestern hatte Baden meist bewölkttes Wetter mit zeitweiligen Niederschlägen. Heute früh ist Nordbaden noch meist bewölkt, während es in Südbaden unter Föhnwind aufheitert. Das Mittel über den britischen Inseln weist heute morgen den tiefsten Luftdruck von 725 Millimeter auf. Gleichzeitig ist über Alpenländern und Mittelmeer der Druck gestiegen. Bei südlicher Luftzufuhr erwarten wir daher für Südbaden meist heiteres und trockenes Wetter, während in Nordbaden bei wechselnder Bewölkung zeitweise leichtere Niederschläge nicht ausgeschlossen sind. Voraussage für Samstag: Mild bei südlicher Luftzufuhr, Südbaden vielfach heiter und trocken, Nordbaden wechselnd wolkig mit leichter Neigung zu Niederschlägen.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Aus dem Haushaltsausschuss

In der fortgesetzten Staatsberatung berichtete am Donnerstag Abg. Weikmann (Soz.) über den Voranschlag des Rechnungshofes. Der Ausschuss unterteilt sich dabei u. a. über die Aufgaben und die Stellung des Rechnungshofes dem Landtag und der Regierung gegenüber. Der Finanzminister verteidigt den Standpunkt, daß der Rechnungshof in seiner Tätigkeit der Kontrolle des Staatshaushaltes absolut selbständig sei, die Vertretung des Budgets vor dem Landtag aber Sache der politischen Regierung sei. Diefem Standpunkt traten alle politischen Parteien bei.

Sodann wurden einzelne ausgelegte Positionen bei dem Voranschlag des Unterrichtsministeriums beraten.

Die Kollegengelder werden nunmehr als Einnahmen im Budget erscheinen und zwar bei der Universität Heidelberg 65 000 M, bei Freiburg 75 000 M und bei der Technischen Hochschule Karlsruhe 40 000 M. Diefelben Beträge kehren in den Ausgaben wieder mit der Bemerkung, daß daraus die den Hochschulpflichtigen zustehenden Unterrichtsgeldgarantien bestritten werden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde einstimmig folgende Entschädigung angenommen:

„Der Badische Landtag weist auf die Tatsache hin, daß sämtliche deutschen Hochschulen in Forschung und Lehre im Gesamtinteresse Deutschlands arbeiten. Mit der Einheitlichkeit dieser deutschen Aufgabe steht die Ungleichheit der Verteilung der Hochschullasten auf die Länder nicht im Einklang. Während einzelne Länder keine oder im Verhältnis zu ihrer Größe keine ungewöhnlich große Zahl von Hochschulen besitzen, sind andere, vorab Baden, aus historischen Gründen mit unverhältnismäßig hohen Hochschullasten belastet. Für die badischen Hochschulen bestehen überdies wichtige deutsche Grenzlandausgaben. Der Landtag erachtet die Regierung, bei der Reichsregierung unter Darlegung dieser Tatsachen mit dem Antrag vorstellig zu werden, das Reich möge die bestehenden Ungleichheiten durch Reichszuschüsse und auf dem Wege des Finanzausgleiches ausgleichen.“

Ein Gesuch der Universität Freiburg um Ermöglichung des Ausbaues des Universitätsportplatzes soll der Regierung empfehlend überwiesen werden. Die Regierung soll versuchen, im Benehmen mit der Stadt Freiburg die Vollendung der Sportplatzanlagen zu ermöglichen. Zur Vergrößerung des erforderlichen Kapitals sollen 9000 M in den Staatsvoranschlag eingestellt werden.

Bei den Gymnasien wurde über einen völksparteilichen Antrag auf Streichung von 100 000 M von den angeforderten 140 000 M für Stellvertretung und Dienstaushilfe abgestimmt. Der Antrag fand mit Mehrheit Annahme.

### Der badische Staatspräsident an die scheidenden Mannheimer Bürgermeister

Der Staatspräsident hat namens des Staatsministeriums an die aus ihren Ämtern scheidenden Herren Oberbürgermeister Dr. Kuser und Bürgermeister Ritter in Mannheim Schreiben gerichtet, worin der besonderen großen Verdienste der Genannten um die Stadt Mannheim, deren wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung anerkennend gedacht und der Dank der Staatsregierung zum Ausdruck gebracht wurde.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Tullagebächtnisfeier der Fachvereine

Auch die Fachvereine, der Mittelbadische Architekten- und Ingenieurverein und der Bund Deutscher Architekten, zusammen mit dem Verein Badische Heimat ehrten das Gedächtnis Johann Gottfried Tullas, nachdem Staatsregierung und Wasser- und Straßenbaudirektion bereits des Bezaugers des Oberberns am Dienstag in einem offiziellen Festakt gedacht hatten. Am Donnerstag abend konnte der Vorsitzende des Architekten- und Ingenieurvereins, Prof. Dörr, im Konzerthaus ein zahlreiches Publikum begrüßen, das der Einladung gefolgt war. Die Feier sollte einer breiteren Öffentlichkeit dienen, den offiziellen Festakt ergänzen und auch den Nichtfachleuten einen Blick in das Leben und Streben Tullas ermöglichen. Der Kampf und das Wirken dieses Mannes ist ein bedeutungsvolles Stück Kulturgeschichte. Tulla ist der Berufstrag, der besonders auch das Leben des Ingenieurs unterworfen ist, entgangen. Die Größe seines Wertes duldet kein Vergessen. Nun ergriff der Vortragende des Abends das Wort, Reg.-Oberbaudirektor Spich, der an einer leitenden Stelle in der Bad. Straßen- und Wasserbaudirektion steht, die dazu berufen ist, das Werk fortzuführen und abzuschließen. Er sprach über Tulla und seine Rheintoraktion unter besonderer Berücksichtigung der ersten Rheindurchstiche, die in der Gegend von Karlsruhe zwischen Rheinland und Leopoldshafen stattfanden. Seine Ausführungen, die durch zahlreiche Lichtbilder illustriert wurden, umfassten Vergangenheit und Gegenwart, gaben eine hochinteressante Geschichtsdarstellung unseres Oberberns wie auch der Ingenieurwissenschaft. Wir werden aus dem Vortrag noch einen Auszug bringen.

Bad. Kunstverein E. V. In der Zeit vom 25. März bis 12. April veranstaltet der Bad. Kunstverein eine Ehrenausstellung anlässlich des 80. Geburtstags Prof. Dr. Ludwig Dill. Die umfangreiche Ausstellung des verdienten Künstlers zeigt Werke aus allen Schaffensperioden. Siehe Anzeigenteil.

Abolf Vogel, der leider mit Ablauf dieser Spielzeit unser Landestheater verläßt, um einem Ruf an das Stadttheater nach Leipzig Folge zu leisten, gibt schon morgen Samstag, den 31. März, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus seinen Abschieds-Viederabend, da die Theaterschlusszeit im Juli für Konzerte nicht mehr geeignet ist. Der treffliche Künstler hatte kürzlich in München mit einem Wiederabend durchschlagenden Erfolg. Karten sind noch im Vorverkauf bei Kurt Reufel, Waldstraße 99, zu haben.

### Verschiedenes

#### Verschiebung des Abfluges der „Bremen“

W. A. New York, 30. März. (Tel.) Die letzten Meldungen aus Dublin kündigen eine weitere Verschiebung des Abfluges der „Bremen“ um mehrere Tage an. Der geplante Flug gibt Anlaß zu zahlreichen Wetten, bei denen im allgemeinen mit 1:4 für den Erfolg des Unternehmens gesetzt wird.

#### Alexander Subloff

W. A. Baden, 30. März. (Tel.) Auf Ermittlungen hin, die ergaben, daß Alexander Subloff sich in Baden aufhielt, wurde er vom Polizeipräsidenten vorgeladen, wo ihm auf Ersuchen der Bonner Polizeiverwaltung die Ausweisung laut Verfügung des Regierungspräsidenten in Köln ausgedrückt wurde, was bisher noch nicht geschehen ist. Es wurde ihm aufgegeben, das Reichsgebiet binnen 24 Stunden zu verlassen. Subloff ist nach Belgien zurückgekehrt.

**Künstlerhaus**  
Morgen Samstag, **31.** März, 8 Uhr  
**Lieder-Abend**  
**ADOLF VOGEL**  
vom Bad. Landestheater  
Am Flügel: Kapellmeister J. Keilbert  
Karten zu 1, 50, 2, 3 und 4 RM bei 364  
**Kurt Neufeldt**  
Waldstr. 39, Tel. 2577

Vier Jahreszeiten  
**Dienstag 3. April, 8 Uhr**  
**VORTRAG** über das Thema  
**Die ägyptische Frau**  
gehalten durch **Frau Goul-y-Hanar**  
Dozentin an der Humboldt-Akademie in Berlin  
Karten zu 1, 2 und 3 RM bei H.443  
**Kurt Neufeldt**  
Waldstraße 39, Telefon 2577

**Große Festhalle**  
Sonntag **1.** April, 11 Uhr vorm.  
**Franz Liszt:**  
**Die Legende von der heiligen Elisabeth**  
Oratorium für Solostimmen, gemischter Chor und Orchester  
aufgeführt durch die  
**Mannheimer Volkssingakademie**  
(ca. 500 Mitwirkende)  
Leitung: **Prof. Arnold Schattschneider**  
Solisten: **Ria Ginster**, Frankfurt, Sopran  
**Luise Debonie**, Straßburg, Alt  
**Johannes Willy**, Frankfurt, Bariton  
**Wilhelm Krauß**, Karlsruhe, Orgel  
**Das Badische Landestheaterorchester**  
Karten zu 2, 3, 4 und 5 RM; Text zu 30 RM bei 388  
**Kurt Neufeldt**  
Waldstr. 39, Tel. 2577

**Haus-Standuhren**  
Direkt ab Spezial-Fabrik, konkurrenzlos  
billig, von 70 RM. an  
Angen. Teilzahlungen, mehrjähr. Garantie  
Überaus viele Dankschreiben  
Katalog kostenl., Vertreterbesuch unverb.  
**E. Lauffer, Spezial-Fabrik**  
**Schwenningen a. N.** (Schwarzwald)

**Eine Frühjahrskur**  
muß Jeder machen, der auf seine Gesundheit Wert legt,  
auch Sie. Es ist jetzt die höchste Zeit, daß die giftigen  
Salze und Säuren aus dem Körper vertrieben werden, ehe  
sie größeren Schaden anrichten können. Machen Sie die  
ärztlich empfohlene, vielfach erprobte  
**Chemiker Sybels Hefekur.**  
Sie werden staunen. Viel frischer, froher und gesunder  
fühlen Sie sich. Preis nur 2 RM.  
**Drogerie Tscherning**, Ecke Karl- u. Amalienstraße;  
**Engel-Drogerie**, Werderplatz 44; **Drogerie Vetter**,  
Zirkel 15. H.188

**Ludwig**  
**Schweisgut**  
Karlsruhe i. B.  
Brühlstr. 4  
beim Rondellplatz  
**Flügel**  
**Pianos 724**  
**Harmoniums**  
Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

Bahnunterhaltungsarbeiten in der Bahnhofs-  
rei Schliengen und Weil-  
Reppoltsbühl zwischen den  
Bahnhöfen Müllheim und  
Basel nach der Verbind-  
ungsordnung für Bau-  
leistungen Ausgabe 1926  
zu vergeben. Bedingungs-  
heft und Angebotsvordrucke  
liegen bei dem Reichsbahn-  
bauamt und Bahnhofs-  
Schliengen und Weil-  
Reppoltsbühl auf. Angebote  
längstens bis zum Öff-  
nungstermin 4. IV. 28,  
11 1/2 Uhr, postfrei mit  
Aufschrift Bahnunterhal-  
tungsarbeiten einreichen.  
Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
Reichsbahnbauamt Basel,  
28. III. 1928. R. 848

**Mowinger**  
**Mai-Bock**  
Hell.  
Ab 1. April in Flaschen und vom Faß

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 31. März 1928  
C 20 26. Gem. 1001-1100  
und 3. S. Gr. (1. Hälfte)  
**Die Kronpräsidenten**  
von Jöben  
Musik von Lopatinoff  
In Szene gesetzt von  
Felix Baumbach  
Galonsson Dahlen  
Bartels Frauendorfer  
Stule Giel  
Ragnhild Ermarth  
Sigrid Rödel  
Margarete Bertram  
Ingeborg Graf  
Ritbung Brand  
Arneffson von der Trend  
Dagfinn Schulze  
Bodde Gemmede  
Barabab Höder  
Jonsson Kloble  
Hilda Prüter  
Ingebjörg Biller  
Peter Leitgeb  
Wifjam Graf  
Sigard Müller  
Fatzger Brand  
Watte Berg  
Anfang 1917, Ende nach 23  
I. Rang und I. Sprech  
5 RM  
Mo. 2. April: Ein Traumspiel.  
Di. 3. April: Die Nacht des  
Schicksals.

**BADISCHE LICHTSPIELE**  
**KONZERTHAUS**  
Samstag, den 31. März bis Gründonnerstag jeweils 20,15 Uhr  
Sonntag nur 16 Uhr, Mittwoch auch 16 Uhr  
Erste Aufführung in Baden  
Das Ereignis des Winters 1928  
**Die Olympischen Spiele in St. Moritz**  
  
**DAS WEISSE STADION**  
ferner  
**„Fahrendes Volk“**  
Eine Zigeunergeschichte aus dem alten Thüringen  
Musikbegleitung: **POLIZEL-KAPELLE**  
Preise: Mk. 0,60, 0,80, 1.-, 1,30, 1,60, 1,90  
Ermäßigungen wie üblich.  
Vorverkauf: **Musikhaus Fritz Müller**, Kaiserstrasse  
Büro, Beierheimer Allee 10.

**1/6**  
**Anzahlung**  
Herren-, Damen-,  
Jugend-, Sport-  
**Bekleidung**  
Herren-Maß-Abteilung  
**Bett-, Tisch- u. Leibwäsche**  
Hüte, Mützen, Oberhemden,  
Kragen, Krawatten usw.  
**Gardinen, Teppiche usw.**  
**Monatsraten**  
**8**  
**Deutsche Bekleidungs-**  
**Gesellschaft**  
m. b. H.  
**Karlsruhe** — Kronenstr. 40 —  
Ecke Markgrafenstr.  
Beamte, Festangestellte u. alte Kunden ohne jede Anzahlung

**Maulbronn.**  
An die verehr. Vereine, die Herren  
Lehrer und Geistlichen.  
Für Vereins-, Schüler- und Konfirmanden-  
Ausflüge bildet Maulbronn mit seinem be-  
rühmten Kloster eines der dankbarsten Ziele.  
Zu jeder Ausflucht ist das Stadtschultheißenamt  
und der Klosterführer, Mesner Schempf, bereit.  
Prospecte durch den  
**Verkehrs- und Verkehrsverein**  
**Maulbronn.**

**Bedeutende Verbandstuchfabrik**  
mit leistungsfähiger Kollektur in  
**Herren- und Damenstoffen**  
sucht bei Privatkundenschaft einge-  
führten seriösen  
**Vertreter**  
Persönliche Vorstellung, Samstag, 31. März, 1 1/2  
Uhr, im **Hotel National** (beim Portier zu erfragen).